



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2015



Bewegung auf der Straße! Leider hat auch unsere Unterstützung nicht zum vollen Erfolg geführt. Aber dieses und auch das Transparent der AG b+g waren gerne gesehen. (Foto: Reinhard Schwandt)

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe:
Sonntag, 02.08.2015

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipzig@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipzig,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung	S. 2
Beschlüsse des Landesparteitags	S. 3
Hansaplatz	S. 5
Sommerkino	S. 6
Kommentar „Schade eigentlich“	S. 6
Gendermainstreaming und die Afd	S. 7
Was war ... Die LINKE. aktiv, u.a. Neuwark, Kirchsteinbek, NOlympia	S. 9
Termine/Kontakt	S. 11

Einladung zur Bezirksmitglieder- versammlung

Mittwoch, 22.07.15, 18:30 Uhr

In den Räumen der Bürgerschaftsfraktion

Buceriusstr. 2 (Haus am Domplatz 20095 Hamburg
(auf Einladung des Bürgerschaftsabgeordneten
Martin Dolzer)

**Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

hiermit lade ich euch im Namen des Bezirksvorstandes herzlich zur Bezirksmitglieder-
versammlung am Mittwoch, den 22. Juli 2015, von
18:30 bis 22:00 Uhr ein.

Zuspitzungen wohin man schaut: Ob die sich immer weiter für Würde und soziale Gerechtigkeit wider das ruchlose Kürzungsdiktat der „Troika“ und wüste Stimmungsmache von herrschender „Politik“ und Medien aufrichtende griechische Bevölkerung, die weitere Aufheizung der Lage in der und um die Ukraine, die wachsende Zahl von Menschen auf der Flucht vor Armut, Hunger und eskalierenden Bürgerkriegen oder die zunehmenden Streikbewegungen hierzulande: Das Diktat von Banken, Konzernen und willfähriger Politik ist angezählt - Durchzocken ist nicht mehr. In dieser Lage kommt es sehr auf alle Unzufriedenen an, die Besseres im Sinn haben und als möglich zu erkämpfen erkennen: Ein Europa, eine Welt, des Friedens, der Solidarität und der gedeihlichen Entfaltung menschlicher Kultur.

Die 2 Parteitage, die wir zuletzt im Mai vorbereitet haben, haben gezeigt: DIE LINKE hat ein großes Potential durch viele ambitionierte Genossinnen und Genossen, die dem geschichtlichen Prozess mit Aufklärung und kämpferischer Politik, bissig und gewitzt Vorschub leisten. So haben beide Parteitage friedenspolitisch und in punkto antikapitalistisch-aufklärender Aktions- und Bewegungsorientierung der Partei Würze gegeben, z.B. mit dem Hamburger Beschluss für einen Friedensratschlag im Herbst 2015.

Tagesordnungsvorschlag:

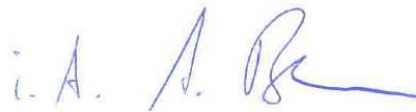
- | | |
|---|------------------|
| • Begrüßung und Konstituierung | 18:30 Uhr |
| • Auswertung des Landesparteitags und des Bundesparteitags | 18:45 Uhr |
| Pause | 20:15 Uhr |
| • Bestimmung von Aktivitäten des Bezirksverband im Sommer | 20:30 Uhr |
| • Verschiedenes | 21:30 Uhr |
| Ende gegen 22:00 Uhr | |

Im Widerspruch dazu steht die Ambition einiger weniger Funktionsträger, die Partei am Rand der auf dem letzten Loch pfeifenden Bestie in seichem Gewässer auf eine gemütliche Sandbank zu manövrieren, um dort ihren Frieden mit ihr zu schließen. Manche Mitglieder von Vorständen, Fraktionen, Tagungspräsidien etc. fürchten daher Aussprache, Entwicklung, Dynamik wie Vampire das Sonnenlicht und wollen ihren laschen Striemel autoritär durchzocken. Diese energetische Fehlinvestition wirkt nicht per se motivationssteigernd. Eine solidarische und produktive Parteikultur sieht jedenfalls anders aus und muss weiter befördert werden - nicht zuletzt dafür sollten wir diese erfolgreichen Parteitage auswerten.

In diesem Sinne sollten wir dann auch Konsequenzen ziehen. Daher schlägt euch der BeVo als zweiten TOP vor, dass wir uns über Aktivitäten austauschen, mit denen wir den Sommer produktiv nutzen wollen. Unsere bisherigen Überlegungen dazu sind öffentliche Veranstaltungen und ggf. Publikationen, mit denen wir die Aufklärung über die profitorientierten „modernen“ Olympischen Spiele und ihre stadt-, sport-, und gesellschaftspolitische Alternative vorantreiben, eine innerparteilich kontroverse Podiumsdiskussion zur strategischen Entwicklung der Partei als gesellschaftliche und parlamentarische Oppositionskraft sowie die Vorbereitung eines friedenspolitisch heißen Herbstes mit guter Mobilisierung und lebendiger Beteiligung am Hiroshimataag (70 Jahre!) und Antikriegs- bzw. Weltfriedenstag. Bringt eure Ideen und Vorschläge ein, lasst uns gemeinsam erweitert in Bewegung kommen!

Wir freuen uns auf eine lebendige und produktive BMV.

Mit solidarischen Grüßen,



(Alexander Benthin, i.A. des Bezirksvorstandes)

Beschlüsse des Landesparteitags am 27.6.:

Hamburger Friedensratschlag im Herbst 2015 "Wider den permanenten Krieg - Bewegung für Frieden!"

Die LINKE Hamburg unterstützt ausdrücklich die Initiative einer Weltfriedenskonferenz und organisiert im Herbst einen Hamburger Friedensratschlag für die Diskussion mit Bündnispartnern aus der Friedensbewegung, der antifaschistischen und Flüchtlingsarbeit, aus Gewerkschaften und dem Bildungsbereich. Ziel des Hamburger Friedensratschlags ist es, die Krisen- und Problemfelder heutiger Weltentwicklung analytisch zu bearbeiten und neue Handlungsperspektiven der Bewegung(en) zu erarbeiten.

Geplant ist eine eintägige Veranstaltung mit Impulsreferaten und Diskussion in vier Blöcken:

1. "Deutsche Verantwortung. Großmacht- oder friedliche Außenpolitik?"
2. "Schöne Neue Weltordnung?" Imperialismus heute und Gegenkräfte
3. "Waffenexporte beenden - von Hamburg aus!" Kampagne
4. "Alternativen und Friedensperspektiven" Podiumsdiskussion

Der Ratschlag wird von den Friedens-AG'n in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand vorbereitet und vom Landesverband finanziell unterstützt.



Für ein soziales und weltoffenes Hamburg – entschieden gegen ein Olympia des Profits!

DIE LINKE. Hamburg lehnt eine Bewerbung Hamburgs für die olympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 entschieden ab. Wir unterstützen das Bündnis „NOlympia Hamburg. Etwas Besseres als Olympia!“ und werden uns dafür einsetzen, olympische Spiele in Hamburg zu verhindern.

Dabei werden wir auf die Erfahrungen der NOlympia-Bewegungen von München, Wien, London usw. zurückgreifen und arbeiten solidarisch zusammen mit den kritischen Bewegungen in den konkurrierenden Bewerberstädten weltweit.

Viele Hamburgerinnen und Hamburger sind sportbegeistert. Unser NEIN zu Olympia in unserer Stadt richtet sich nicht gegen den Sport, sondern gegen den Missbrauch des Sports und der Sportbegeisterung. Allein die Bewerbung verschlingt mindestens 70 Millionen Euro- das „Versprechen der Wirtschaft“, davon 25 Millionen Euro zu übernehmen, ist nicht viel wert, denn schon bei der Hamburger Bewerbung für 2012 musste die Stadt den versprochenen Anteil der Wirtschaft aus Steuermitteln begleichen. Die weiteren Milliarden-Investitionen für Olympia würden auf Jahre wertvolle und knappe Geldmittel binden, die der Hamburger Sport dringend benötigt. Trotz der Dekaden-Strategie Sport des Senats hakt es im Breiten- und Vereinssport in Hamburg gewaltig. Noch immer sind viele Sportanlagen in einem schlechten Zustand, stehen Turnhallenschließungen wie in St. Pauli auf der Tagesordnung – und die einstige Schwimmsport-Hochburg Hamburg hat kaum Trainingszeiten für Kinder und Jugendliche, die ihr Schwimmbad machen möchten. 580.000 Menschen in der Stadt sind Mitglied in einem Sportverein, sehr viele kennen die Nöte und Sorgen des Hamburger Breitensports aus eigenen Erfahrungen. Der Senat sollte dem Hamburger Sport gegenüber seiner Verantwortung gerecht werden, anstatt zu Olympischen Spielen einzuladen. Bei diesen interessieren die Sportler überdies in erster Linie als Werbeträger, denn Medaillen und Rekorde – die häufig genug nur durch zerstörerisches Doping ermöglicht werden – lassen sich am lukrativsten vermarkten.

Das ist schädlich für alle und soll mit einer aufwendigen Werbekampagne verdeckt werden.

Die realen Kosten für die Allgemeinheit haben bei den olympischen Spielen der jüngeren Vergangenheit die zuvor kalkulierten Summen stets in zweistelliger Milliardenhöhe überstiegen, da für das IOC und seine Vertragspartner und nicht für die Interessen der Allgemeinheit investiert wurde. Wir wollen keine weiteren Elbphilharmonien.

Das Internationale Olympische Komitee (IOC) ist offiziell ein gemeinnütziger Verein, handelt aber als ein auf Profit ausgerichteter Weltkonzern. Die Ursprungsidee hinter den neuzeitlichen olympischen Spielen, mit ihnen zu Frieden und internationaler Verständigung beizutragen, spielt für das IOC keine Rolle mehr. Vielmehr geht es um Milliardengeschäfte, die mit Werbeeinnahmen, exklusiven Sponsorenverträgen (Coca-Cola, McDonalds, Visa, ...) sowie Fernsehübertragungsrechten und der Vermarktung der Marke „Olympia“ gemacht werden. Das IOC schließt mit den Ausrichterstädten Knebelverträge, so genannte Host-City-Contracts (HCC), ab. Wer auf die Reformfähigkeit des IOC setzt, wird enttäuscht werden. Die Forderungen des Senats nach Bescheidenheit und Nachhaltigkeit werden ins Leere gehen. Das IOC allein bestimmt die Spielregeln.

Der Hamburger Senat versucht, mit Olympia von den sozialen Konflikten und realen Problemen in dieser Stadt abzulenken: wachsende soziale Spaltung, Mangel an bezahlbarem Wohnraum, hohe Langzeitarbeitslosigkeit, Kinderarmut und kaputtgesparte Infrastruktur (Schulen, Straßen, Gebäude, Brücken etc.). Olympia würde all diese Probleme jedoch noch verschärfen. Olympische Spiele führten bisher in allen Ausrichterstädten zu verschärfter Gentrifizierung, steigenden Mieten, zur Verdrängung sozial benachteiligter Menschen und zur Vertiefung der sozialen Spaltung. Die öffentlichen Mittel, die für die Errichtung der Infrastruktur der olympischen Spiele ausgegeben werden, fehlen an anderer Stelle. Olympia würde die Preise für Grund und Boden hochtreiben, öffentlichen Raum und seine Nutzungsmöglichkeiten weiter einschränken und die Lebenshaltungskosten insgesamt erhöhen – und nachhaltig sind von Gigantismus geprägte Olympische Spiele noch nie gewesen.

Ein Grund für die soziale Spaltung ist der jahrelange Kürzungskurs mit der Politik der Schuldenbremse. Selbst überraschend auftretende Steuermehreinnahmen von rund 420 Mio. Euro werden vom Hamburger Senat in die Schuldentilgung gesteckt, statt sie für die Sanierung öffentlicher Einrichtungen oder zum Erhalt der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu verwenden: Hier sollen laut SPD/Grüne-Koalitionsvertrag Jahr für Jahr 250 Arbeitsplätze gestrichen werden. Angeblich fehlen die finanziellen Spielräume für preiswerten Wohnraum – obwohl die SAGA/GWG einen Gewinn von 180 Mio. Euro machte, der allerdings in den allgemeinen Haushalt floss. Für Olympia dagegen scheint Geld keine Rolle zu spielen – dabei ist Olympia ein Milliardengrab. Bei der Bewerbung Londons für Olympia 2012 war man von 4,8 Mrd. Euro ausgegangen. Auf der Schlussrechnung stehen jetzt mehr als 28,1 Mrd. Euro.

Statt milliardenschwerer öffentlicher Investitionen in unzweckmäßige Infrastruktur für ein zweiwöchiges Mega-Event braucht Hamburg heute Investitionen in Inklusion, Bildung, Wohnraum, Verkehr und die Infrastruktur einer funktionierenden Stadt mit wachsender Bevölkerung. In den Sport muss auch investiert werden, aber richtig: In einer Stadt, in der selbst der Senat einen großen Teil der Sportanlagen als verbesserungswürdig einschätzt, wären Investitionen in Großsportanlagen auf dem Kleinen Grasbrook die falsche Entscheidung.

Die eilige Verfassungsänderung und Einführung eines Bürgerschaftsreferendums, mit dem Volksinitiativen ausgehebelt werden können, bedeutet einen Angriff auf die in den letzten 15 Jahren zum Teil gemeinsam mit Mehr Demokratie e.V. entwickelten demokratischen Mitwirkungsrechte der Hamburger Bürgerinnen und Bürger. Der Rückkauf der Netze, die Schulinitiative, die Änderung des Wahlrechts, die Verbesserung der landesweiten direkten Demokratie und die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden wären wahrscheinlich mit den neuen Regeln nicht zu Stande gekommen.

Olympische Spiele gehen erfahrungsgemäß mit einer massiven Einschränkung demokratischer Grundrechte einher. Bei olympischen Spielen in Hamburg ist zu befürchten, dass ganze Teile der Stadt zu einem großen Gefahrengebiet erklärt würden, um Kritik und die Äußerung politischer Forderungen zu unterdrücken und die Stadt „sauber“ zu halten. Alle olympischen Spiele der jüngeren Vergangenheit gingen mit einem gewaltigen Aufgebot des „Sicherheitsapparats“ einher. Bisher trauriger Höhepunkt war London 2012, als 7.000 Armeeangehörige in der Stadt stationiert und Flugabwehrraketen auf Wohnhäusern installiert wurden. Ein solcher Ausnahmezustand prägt Städte negativ und bedeutet eine massive Militarisierung!

Hamburg ist – ohne Olympia – eine lebenswerte Stadt mit vielen Potentialen. Der Senat behauptet, mit der Entscheidung für Olympia die Probleme der Stadt besser lösen zu können. Doch das ist falsch, denn mit der Olympiade ginge die Stadtentwicklung in eine falsche, vom Willen der Investoren geprägte Richtung. Es gibt keinerlei Notwendigkeit und Rechtfertigung für das Abenteuer Olympia, das in seinen sozialen und finanziellen Auswirkungen für die Stadt nicht mit Hoffnungen, sondern mit großen Risiken verbunden wäre. Die Erfahrungen und die Analyse der Entwicklung ehemaliger Ausrichterstädte belegen das. Nicht ohne Grund haben sich München, Wien, Krakau, Oslo und Graubünden gegen Olympia entschieden.

Wir fordern vom Senat, dass er sich endlich den wirklichen Herausforderungen unserer Stadt stellt und dem DOSB eine Absage erteilt. Statt milliardenschwerer öffentlicher Investitionen in unzweckmäßige Infrastruktur für ein zweiwöchiges Megaevent setzen wir uns ein für den massiven Ausbau des gemeinwohlorientierten und sozialen Wohnungsbau, des öffentlichen Personennahverkehrs, für die Entwicklung der Bildungs- Sport- und Kultureinrichtungen, für eine nachhaltige Förderung des Breitensports, für den Ausbau von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen für alle Menschen, für Abrüstung und Entmilitarisierung von Wirtschaft, Kultur und Bildung und für Bleiberecht und gleiche Rechte für alle. Für ein soziales, ziviles und demokratisches Hamburg – entschieden gegen Olympia.

Wir fordern alle Hamburgerinnen und Hamburger auf: Stimmen Sie beim Olympia-Referendum am 29. November mit NEIN!

Forum Hansaplatz – Populismus statt Hilfe

Einige AnwohnerInnen waren beim insgesamt viermal stattfindenden Forum Hansaplatz anwesend, die Ihrem Frust über die "unsauberen" Zustände am Hansaplatz Luft machten. Infolge dessen setzten SPD/Grüne bei Ihrem in der darauffolgenden BV eingebrachten Antrag eher auf sicherheitspolitische Maßnahmen, die jedoch die Lage der Menschen am Hansaplatz und Umgebung nur ungenügend in den Blick nehmen. Die Stimmen der AnwohnerInnen, die sich gegen eine Verschärfung der Kontrollen und Vertreibung und für mehr niedrigschwellige soziale Angebote aussprachen, wurden im Maßnahmenkatalog von SPD/Grünen weitestgehend übergangen. Auch den Forderungen des Runden BürgerInnen-Tisches nach Einsatz von Streetworkern und einem Konzept zur Vernetzung der Initiativen und Institutionen, die am Hansaplatz wirken, wurde nicht nachgekommen.

Stattdessen sollen Glasflaschenverbote, Alkoholverkaufsverbote und ein Trinkerplatz die Spannungen lösen - alles Maßnahmen, die die Problematik nur "überschminken", aber nicht nachhaltig wirken. Auch die Polizei stockte auf und kam den Forderungen großer Teile der Politik und einiger AnwohnerInnen nach, für "Sauberkeit und Ordnung" zu sorgen. Seither laufen, auch aus anderen Stadtgebieten angeforderte, PolizistInnen in 2er bis 4er-Gruppen durch St. Georg. Auch 2 Einsatzwagen standen eine Woche lang direkt auf dem Hansaplatz (nicht zufällig wohl nahe am Hansatreff). Inzwischen hat man die Polizei-Einsätze wieder etwas zurückgefahren. Inwieweit der Maßnahmenkatalog von SPD/Grünen vom Bezirksamt umgesetzt wird/werden kann, bleibt abzuwarten. Das nächste Forum Hansaplatz, bei dem sicherlich schon erste Ergebnisse zur Umsetzung vorliegen werden, findet nach der Sommerpause statt. Genauere Infos zum Forum gibt es unter:

https://sitzungsdienst-hamburg-mitte.hamburg.de/bi/si018_a.asp?GRA=136

Ina Morgenroth

Dokumentiert:

Unsere Forderungen für den Hansaplatz (Antrag in der Bezirksversammlung, abgelehnt gegen die Stimmen von LINKEN und Piraten):

Soziale Probleme erfordern soziale Maßnahmen –

Forderungen der Partei Die Linke für ein Zusammenleben am Hansaplatz

Im Rahmen des Forums Hansaplatz wurden die Interessen und Bedürfnisse am Hansaplatz und den umgebenden Straßen kontrovers, aber konstruktiv diskutiert.

Für Die Linke kann eine politische Lösung der unterschiedlichen Interessen nur darin liegen, auf ein menschliches Zusammenleben aller NutzerInnen dieses öffentlichen Raumes hinzuwirken. Es gilt sowohl dem individuellen Sicherheitsbedürfnis der AnwohnerInnen gerecht zu werden, als auch die Freiheitsrechte anderer NutzerInnen des Areals anzuerkennen und damit einer Verdrängung entgegenzuwirken.

Nach unseren Vorstellungen, ebenso wie Erkenntnissen aus der kriminologischen Forschung, wie auch Praxisbeispielen haben sich dabei vor allem soziale Angebote und Maßnahmen bewährt, die darauf abzielen, einen Dialog untereinander zu fördern, Ungleichgewichte auszugleichen und ein Stück mehr sozialen Frieden herzustellen. Da es sich bei diesen Problemlagen und Erfordernissen um hoch-komplexe Vorgänge handelt, benötigt es gut-durchdachte und auf die Bedürfnisse der Menschen angepasste Lösungen, welche mit rein restriktiven Mitteln nicht zu erreichen sind.

Unsere vorgeschlagenen Maßnahmen orientieren sich darüber hinaus an den Forderungen des Runden BürgerInnen-Tisches Hansaplatz.

Petition

Die Linke fordert als Maßnahmen für den Hansaplatz und Umgebung und bittet die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte um Zustimmung:

1. Ausbau und Erweiterung der Sozialen Arbeit am Hansaplatz und Umgebung, vor allem im Bereich Streetwork und niedrigschwelliger Angebote, speziell auf die Bedarfe der anwesenden Gruppen abgestimmt, sowie eine enge Vernetzung der Angebote und Institutionen, die am Hansaplatz tätig sind
2. Einrichtung öffentlicher kostenloser Toiletten für Männer und Frauen mit Waschgelegenheiten und 24-Stunden-Betreuung



3. Lärmreduzierte Reinigung des Hansaplatzes und der umgebenden Straßen, sowie des Spielplatzes
4. Aufstellen von Bänken rund um den Hansaplatz

Pressemitteilung zur rot-grünen Ordnungspolitik: Konzept Hansaplatz: Ein Faustschlag ins Gesicht der Sozialarbeit und Sozialpolitik

Im Nachgang an das für Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Gewerbetreibende eingerichtete Forum Hansaplatz, stellten am 18.06. die Fraktionen der Bezirksversammlung HH-Mitte ihre Forderungen für den Hansaplatz vor.

Der Antrag der Koalition SPD/Grüne sah unter dem Punkt Sozialarbeit einen „milieunahen Ansprechpartner“ vor, der „den Anspruch vermitteln (soll), dass jeder eine Mitverantwortung für die Sauberkeit und die Sicherheit auf dem Hansaplatz trägt“. Außerdem solle ein „Ansprechpartner für Behörden, sowie Anwohnerinnen und Anwohner“ geschaffen werden, ein sogenannter Quartierskümmerer.

„Mit Sozialarbeit hat das jedoch rein gar nichts zu tun!“, so **Ina Morgenroth** (DIE LINKE.), sozialpolitische Sprecherin für Armut, Obdachlosigkeit, Verdrängung und Kriminalisierung. „Soziale Ar-

Von wegen Sommerloch – Vorankündigung

Was wäre der Sommer ohne ... das Rote Sommerkino im Hammer Park! Auch in diesem Jahr veranstaltet die BO Hamm/Horn/Borgfelde zusammen mit Jan van Aken wieder das allseits beliebte Rote Sommerkino.

Schade eigentlich

Ehrlich gesagt hatte ich gehofft, dass wir in dieser Ausgabe des Mittemang Berichte vom Landes- und vom Bundesparteitag haben würden für diejenigen, die daran nicht teilnehmen konnten oder wollten. Das hat leider nicht geklappt, ein Bericht vom Bundesparteitag ist für die nächste Ausgabe angekündigt. Und wenigstens zwei der Beschlüsse, zu denen wir uns auch im Vorfeld geäußert hatten, können wir hier dokumentieren (S. 3f).

Und leider gelingt es uns auch nicht, wirklich viele Menschen (aus der Partei und anderswo her) zu Aktionen und Demonstrationen auf die Straße zu bringen. Meine Befürchtung ist, dass wir – wie es in Alexanders Beitrag (S. 2) deutlich wird – wieder mal die interne Debatte ganz hoch hängen und darüber vergessen, dass wir eine Partei sind, die *gemeinsam* mit den Opfern des Turbokapitalismus etwas bewegen will.

beit ist in erster Linie für das Wohlergehen ihrer Klientinnen und Klienten zuständig und darum bemüht, soziale Ungleichgewichte auszugleichen, sowie einen Dialog zu fördern und Chancen zu eröffnen. Es geht dabei nicht darum, reine normverdeutlichende Maßnahmen umzusetzen, sondern die soziale Lage der Klientel in den Blick zu nehmen und zu verbessern.“, so **Morgenroth** weiter.

Ansonsten gab sich die Koalition mit einer Vernetzung der bereits bestehenden Institutionen am Hansaplatz und der Schaffung eines Trinkerraums oder Platzes „an einem abseits gelegenen Ort“ zufrieden. Dass die rund 30 sozialen Einrichtungen in St. Georg zum großen Teil hamburgweit agieren und somit nicht direkt auf dem Hansaplatz tätig sind oder zum Beispiel mit einer völlig anderen Zielgruppe als den Menschen am Hansaplatz arbeiten, sowie ein gut durchdachtes Konzept für Streetwork am Hansaplatz fehlt, haben SPD und Grüne dabei völlig übergangen. DIE LINKE forderte in einem eigenen Antrag (s.o.) die Erweiterung der Sozialen Arbeit am Hansaplatz und Umgebung, vor allem im Bereich Streetwork und niedrigschwelliger Angebote. Dieser Antrag wurde von SPD, Grünen, CDU und AfD jedoch abgelehnt.

Anvisiert ist **Freitag, der 21. August** im Hammer Park. Nähere Infos zum Film und zum Rahmenprogramm findet ihr in der August-Ausgabe des Mittenmang! Wir freuen uns schon jetzt auf den Kinoabend mit euch!

Es genügt eben nicht, nur gute Beschlüsse zu fassen und diejenigen zu verunglimpfen, die aus der jeweils eigenen Sicht nicht auf Linie sind. Wir müssen ebenso wie z.B. die Anti-Olympia-Initiative (siehe S. 10) lernen, dass breite Bündnisse mit Erfolgsaussicht auch die Bereitschaft erfordern, Kompromisse einzugehen. Das heißt überhaupt nicht, eigene Positionen zu verleugnen. Aber wer Erfolg haben will (und eben nicht nur Recht), der/die muss – innerhalb wie außerhalb der Partei - mit Menschen zusammenarbeiten, die nicht exakt der eigenen Meinung sind, aber das Richtige wollen.

Dann muss man auch mal mit den PostlerInnen gegen deren Vorstand demonstrieren (siehe Titelfoto), auch wenn die politisch naiv sein mögen und „Gerechtigkeit“ von den Bütteln des Kapitals fordern.

Bernhard

Gender Mainstreaming – was ist das?

Beantwortet von Christine Detamble-Voss

Die **AfD** hat den Unterschied zwischen Sex und Geschlecht nie begriffen oder will ihn nicht begreifen.

Zitat von Beatrix v. Storch ,Quelle kath.net:

“Die AfD lehnt ein Gendermainstreaming, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten gezielt, ab. Dieser ganze Genderkram zeigt eigentlich nur eines. Die Dekadenz einer gesättigten Gesellschaft. Was soll die Auflösung der biologischen Identität bringen? Nichts... Damit sich was ändert, brauchen wir Männer und Frauen, also Geschlechter wie Gott sie schuf. Forschungen zeigen, dass selbst Säuglinge je nach Geschlecht unterschiedliche Interessen hegen. So ist die Natur, das können Ideologen nicht wegdefinieren.”

Also nun die Erklärung:

Was ist Gendermainstreaming???

Gender. Die englische Sprache unterscheidet zwischen dem biologischen Geschlecht (Sex) und dem sozialen Geschlecht (Gender). Mit Gender werden gesellschaftliche und kulturell geprägte Rollen, Rechte, Pflichten, Ressourcen, Interessen von Männern und Frauen bezeichnet. Mit **Mainstreaming** (= großer Strom), ist gemeint, dass dieser geschlechterbezogene Denkansatz in allen gesellschaftlichen Prozessen angewendet werden soll. Das Ziel ist, dass ein geschlechterbewusstes Denken und Handeln zum normalen und selbstverständlichen Handlungsmuster einer Organisation und einer Gesellschaft gehört. Es wird zum Arbeitsalltag.

Mit Gender werden die gesellschaftlich bestimmten Rollen, Rechte und Pflichten von Frauen und Männern bezeichnet. Dazu gehören auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Soziale Unterschiede zwischen Frauen und Männern werden, bedingt durch die ökonomischen und kulturellen Verhältnisse in der Gesellschaft, erlernt, und sind somit nicht angeboren, sondern veränderbar. Das soziale Geschlecht ist somit nicht ein für alle Mal festgelegt, sondern veränderbar und entwicklungsfähig und vor allem auch beeinflussbar.

Gender Mainstreaming ist eine Strategie, eine Methodik; kein isoliertes Fachthema. Also eine Querschnittsaufgabe bei allen Themen der Menschheit.

Es ist davon auszugehen, dass in der Gesellschaft und in ihren Institutionen wenig oder gar kein Wissen über die tatsächliche Situati-



on von Frauen und Männern, vorhanden ist. Geschweige denn die Ursachen für ihre Unterschiede bekannt sind. Die Entwicklung einer sogenannten Gender-Sensibilität ist Voraussetzung für ein qualifiziertes Beurteilungsvermögen der geschlechtspolitischen Auswirkungen von politischen Maßnahmen, z.B. Gesetzen.

Voraussetzung dafür ist eine konsequente geschlechtsspezifische Datenerhebung und Auswertung. Das Vorhandensein von nach Geschlechtern aufgeschlüsselten Statistiken bilden die Grundlage für die Identifikation von Themenfeldern und Bereichen, in denen Ressourcen, Macht, Information zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt sind, und ein chancengerechtes Miteinander von Frauen und Männern blockieren.

Was ist durch Gender Mainstreaming möglich? Ein höherer Grad an gleichstellungspolitischer Effektivität durch Erhöhung der Passgenauigkeit von politischen Programmen und Wahlanalysen und der daraus sich ergebenden Maßnahmen. Und ein Abbau von Nachteilen für beide Geschlechter.

Gender Mainstreaming ist keine Frauenpolitik und macht gezielte Frauenförderung nicht überflüssig.

Seit wann gibt es Gender Mainstreaming?

Die Idee des Gender Mainstreaming wurde bereits 1985 auf der Weltfrauenkonferenz in Nairobi geboren, die Initialzündung für die Umsetzung dieser Politikstrategie ging jedoch erst zehn Jahre später von der Pekingener Weltfrauenkonferenz aus.

Auf diesen Konferenzen stellte es sich heraus, dass Gesetze erlassen wurden, die erst nach deren Verabschiedung zeigten, dass sie zum Nachteil von Frauen sind. Es wurde beschlossen, dass es unbedingt notwendig sei, schon bei der Verabschiedung von Gesetzen ihre Auswirkungen auf Männer und Frauen zu überprüfen, um die entsprechende Benachteiligung bekannt zu machen und sich politisch dagegen wehren zu können.

Am 17. September 1999 hat das Europäische Parlament die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Politik des Gender-Mainstreaming in ihre lokale, regionale und nationale Politik einzubinden.

Seitdem ist durch Forschungen und Analysen Erstaunliches zutage getreten. Zum Beispiel beim Herzinfarkt: Er war immer als Männerkrankheit bekannt. Die Symptome: Enge in der Brust, Panik und heftige Schmerzen, ausstrahlend in den linken Arm. Nun hat sich wissenschaftlich erwiesen, dass Frauen diese Symptomatik nicht haben, sondern häufig über Rückenschmerzen und Übelkeit klagen. Sie wurden, und werden noch immer, häufig zu Orthopäd*innen und zu Neurolog*innen entsendet. Wenn die nichts finden, wurden sie häufig mit Psychopharmaka und Schmerzmittel ruhig gestellt. Infolge starben und sterben Frauen häufiger an Herzinfarkten als Männer.

Oder Medikamente: Sie werden fast ausschließlich an männlichen Testpersonen getestet. Dass Frauenkörper anders reagieren, wird negiert. Männer haben auch keinen Facharzt, der sich speziell mit all ihren Beschwerden befasst. Zum Beispiel mit männlichem Brustkrebs. Was sollen sie damit bei Urolog*innen?

Gender Mainstreaming wird von der AfD bekämpft, weil sie Geschlecht nur biologisch, im Sinne von Sex definieren wollen, mit klaren biologisch bedingten Aufgaben in der Gesellschaft. Das soziale Geschlecht im Sinne von Genderpolitik wird zutiefst abgelehnt. Ihre Vorstellungen der Geschlechterrollen von Mann und Frau bedingen sich gegenseitig und sind alt bekannt. Hier einiges zur "Erinnerung":

- Frauensachen: Familie, Kinder, Haus und kochen (außer Grillen), Garten, Blumen (außer Rasenmähen und Hecke schneiden), freudiges Gebären, bescheiden sein und Mann bewundern. Schnulzenfilme, schön sein für den Mann, Sexbombe und Pflegerin ...

- Männergebiet: Geld verdienen, Familie beschützen, Frau beschützen, Kinder beschützen (besonders die Töchter), alles Schwere tragen, Müllrausbringen, Fußball gucken, Vaterland verteidigen, stark sein, hart sein. Kämpfen, töten, führen, etc.

Die AfD spricht ja auch von Gleichberechtigung von Frau und Mann. Aber nur in dem Sinne, dass diese "angeborenen", traditionellen Geschlechterrollen nicht in Frage gestellt werden dürfen, siehe oben!

Die AfD will das Rad der Geschichte zurückdrehen. Zurück ins 19. Jahrhundert Zurück zur unaufgeklärten Frau, die eine Schwangerschaft erst daran bemerkte, weil ihr übel wurde. Ein Dauerbrenner bis heute. Für Frau von Storch, ist die Frau vor allem eine Gebärmaschine. Besonders die deutsche Frau, die nun fleißig bereit sein soll, alles zu tun, damit das deutsche Volk nicht ausstirbt. Wirklich ALLES?

Warum aber oft auch unter Linken eine Ignoranz bis zur offenen Ablehnung zu Gender Mainstreaming vorhanden ist, ist mir bis heute ein Rätsel. Während in allen ver.di-Fachbereichen schon bei der Gründung 2001 Genderbeauftragte eingestellt wurden, um alle Gewerkschaftsekretär*innen zu schulen und für die Sichtweise von Gender Mainstreaming zu sensibilisieren, und es neben den gewählten Frauen Gremien auch immer Genderbeauftragte und für die Beschäftigten von ver.di eine Frauenbeauftragte gab.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn die Auseinandersetzung mit der AfD zu einer sachlichen Befassung mit Gender Mainstreaming in der Hamburger LINKEN und unter deren gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Bezirk und in der Bürgerschaftsfraktion führt. Und wir damit weiter kommen, konkret in der Bekämpfung und Prävention von geschlechterbezogener Diskriminierung und Unterdrückung. Eine geschlechterbezogene Wahlanalyse wäre ein guter Anfang.

Was war ...

Gedenkfeier (Fiete Schulze)



Wolfgang und Maureen haben an der Gedenkfeier am: 06.06.15 beim Gedenkstein des VVN-BdA teilgenommen. Christiane und Georg Chodinski waren die Initiatoren der Gedenkfeier.

Der bestehende Gedenkstein soll aufgrund eines Antrags der LINKEN im Regionalausschuss künftig mit einer Tafel versehen werden und auf das Schicksal des Billstedters Fiete Schulze und weiterer NS-Opfer aufmerksam machen.

Das Foto zeigt Christiane und Georg Chodinski bei ihrer Rede.

Neuwerk



Am Dienstag, den 16.06.15 am frühen Morgen um: 6:00 Uhr standen Teddy und ich am Bezirksamt Mitte und stiegen mit den VertreterInnen der anderen Fraktionen sowie Herrn Grote und MitarbeiterInnen der Verwaltung des Bezirksamtes Mitte in den Reisebus nach Neuwerk ein. Auf dem Weg stiegen die Mitglieder des Regionalausschuss Finkenwerder zu.

Auf der Insel Neuwerk, die zu unserem Bezirk Hamburg-Mitte gehört, haben wir uns die Sorgen und Nöte der EinwohnerInnen von Neuwerk angehört.

Zum einen wurden dort Umweltschutzmaßnahmen kritisch diskutiert, weil die Insel zum Schutzgebiet Wattenmeer gehört.

Die Bewohner der Insel müssen z.B. den Mist ihrer Pferde auf dem Festland entsorgen, anstatt diesen als Dünger für die Felder einsetzen zu können.

Der jährlich wiederkehrende Einflug der stark an Population zugenommenen Wildgänse, führt zu Kahlfraß ihrer Wiesen und durch dann fehlende Gräser an den Deichen, zu Beschädigungen am Deich durch Ausspülung der kahlen Stellen.

Eine seit langem benötigte Brücke kam ins Gespräch und auch fehlende Möglichkeiten bei der Wohnsituation: Sobald etwas gebaut wird, muss an anderer Stelle eine entsprechende Freifläche zur Verfügung stehen.

Diese und viele andere Probleme nahmen wir von der Insel mit nach Hause, um zu schauen, wo und wie man den Inselbewohnern aus Mitte helfen könnte.

Maureen Schwalke (auch Fotos)

Münzviertel Kollektives Zentrum



Ende Dezember wurde das 8.000 Quadratmeter große Areal der ehemaligen Gehörlosenschule an der Münzstraße nach langem Vorlauf und heftigen Diskussionen im Quartiersbeirat Münzviertel an den Investor HBK verkauft, der dort rund 400 Wohnungen errichten möchte. Das Bauprojekt ist im Viertel hoch umstritten, weil die Vorschläge der AnwohnerInnen, vor allem die Ergebnisse eines studentischen Wettbewerbs vor einigen Jahren nur sehr begrenzt berücksichtigt wurden.

Bevor die Stadt das Gebäude an den Investor übergeben konnte, war eine Begehung notwendig. VertreterInnen der Stadt und Maureen haben am Morgen gegen 9:00 Uhr das Kollektive Zentrum (koZe) im Münzviertel besichtigt, befürchtete Proteste blieben aus.

Der Termin drohte zu scheitern, weil AktivistInnen des koZe anlässlich einer Besprechung im Bezirksamt einige Tage zuvor kritisiert hatten, dass die Namen der TeilnehmerInnen nicht bekannt gegeben wurden.

Die AktivistInnen und viele der AnwohnerInnen hoffen, dass das koZe weiter bestehen bleiben kann. Gleichzeitig bemüht sich aber die bürgerliche Presse die „neue rote Flora“ herbeizuschreiben.

Maureen/Bernhard

Freundschaftsfest in Mümmelmannsberg



Am 7. Juni war das Freundschaftsfest in Mümmelmannsberg, wo ich als Fraktion vor Ort für DIE LINKE anwesend war.

Beim gemütlichen Kaffee und Kuchen wurden Gespräche mit EinwohnerInnen und SeniorInnen aus dem Stadtteil und aus dem Umland geführt.

Überall kam ich mit den BesucherInnen ins Gespräch und erfuhr deren Sorgen und Nöte, aber ebenso deren Lebensfreude.

Besonders verunsichert sind die Menschen über die weitere Stadtentwicklung, bzw. damit mögliche ansteigende Mieten.

Viele könnten das nicht mehr bezahlen und wären gezwungen fort zu ziehen, obwohl sie gerne in Mümmelmannsberg wohnen.

Ein schöner Tag mit viel Sonnenschein, am arabischen Stand wurde auf meine Gesundheit geachtet und ich bekam Obst zu essen.

Maureen Schwalke

Kirchsteinbeker Marktfest



Am 20.06 und 21.06.15 waren wir auf dem Kirchsteinbeker Marktfest mit einem Stand „Fraktion vor Ort“ vertreten.

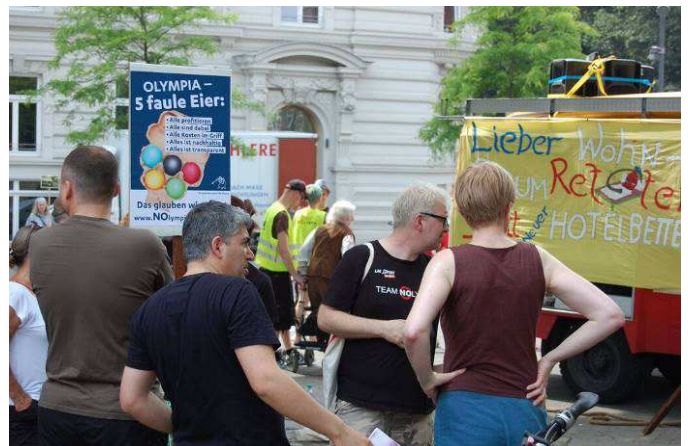
Wir haben eine Menge guter Gespräche mit den BesucherInnen des Marktfestes und auch viele heiße Diskussionen geführt.

Wie zum Beispiel das aktuelle Thema „NOlympia“, aber auch die Entwicklung der Stadt „Stromaufwärts an Elbe und Bille“.

Aber ebenso um regionale Themen ging es die beiden Tage, wie einem neuen Standort der Freiwilligen Feuerwehr Kirchsteinbek und ähnliches.

Die beiden Tage war das Kirchsteinbeker Marktfest sehr gut besucht und wir: Sven, Mehmet Y., Jörg, Andreas, Maureen, hatten schöne Tage dort.

NOlympia in St. Georg



Die zweite Demonstration gegen die Olympischen Spiele in Hamburg war leider nicht viel größer als die erste in Wilhelmsburg. Martin hatte unser Transparent vergeblich angeschleppt, denn die VeranstalterInnen hatten „sich geeinigt, dass es keine Parteien (sichtbar) bei der Demo“ geben sollte.

Immer wieder ein interessantes Verständnis vom „breiten Bündnis“. Dennoch hat es Spaß gemacht, mit vielen bunten Transpis trotz großer Hitze um die Häuser zu ziehen.

Nur schade, dass nicht so wirklich viele Mitglieder unseres Landesverbands gekommen waren. Das muss noch deutlich mehr werden, wenn wir die Spiele hier wirklich verhindern wollen (und nicht nur Recht haben).

Bernhard

Termine in (und für) Mitte

Donnerstag, 09.07., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Dienstag, 14.07. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 14.07., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 15.07., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 15.07., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 20.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 22.07., 18:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung (s.S. 2)
Bucerusstraße 2

August

Samstag, 01.08. 11 – 18 Uhr

Kindersommerfest der BO W'burg/Veddel
Freizeithaus Kirchdorf Süd

Montag, 03.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 11.08. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 11.08., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 13.08., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
AWO Merkenstraße (Möllner Landstraße 142)

Montag, 17.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.08., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 19.08., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Freitag, 21.08., ab 19:00 Uhr

Sommerkino im Hammer Park

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto NEU:

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX